

Landesleitung

Sitzung auf der MS „Burgund“

Interessantes Serviceangebot der Gewässeraufsicht

Die 385. Sitzung der dbb Landesleitung fand am 18. Oktober 2012 auf dem Mess- und Untersuchungsschiff MS „Burgund“ statt.

Die Landesleitungsmitglieder bekamen neben Erklärungen von Herrn Mylius zur Schiffs-technik und der Nautik auf dem Rhein eine Führung durch das Labor des Schiffes von Frau Semsei mit Erläuterungen zum Auftrag der Gewässeraufsicht und den Aufgaben, die das Schiff des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht hier erfüllt:

Abwassereinleitungen aus Industrie und Kommunen, aber auch diffuse Einträge (zum Beispiel aus der Landwirtschaft, der Luft und dem Straßenverkehr) oder Verunreinigung durch Schiffe können die Gewässer belasten. Die wasserwirtschaftlichen Dienststellen beobachten regelmäßig die chemische, biologische und physikalische Gewässerbeschaffenheit und ihre Entwicklung.

Für die chemische Überwachung der Fließgewässer werden sowohl ortsfeste Untersuchungsstationen betrieben, als auch landesweit mit Fahrzeugen Wasser- sowie Schwebstoffproben entnommen und untersucht. Alle Messdaten werden archiviert und bewertet, sie werden Behörden und Interessierten als Information



➤ Auf der Brücke der MS „Burgund“ (von links): stellvertretende dbb Landesvorsitzende Friedrich Berg, Gerhard Bold und Axel Schaumburger, dbb Landeschefin Lilli Lenz, Kapitän Donald Mylius, Stefanie Semsei, die stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Elke Schwabl und Torsten Bach sowie Hans-Joachim Reißig.

über die Wasserqualität zur Verfügung gestellt.

Die biologische Gewässerüberwachung ermittelt die Gewässergüte und den ökologischen Zustand anhand der Besiedlung der Fließgewässer mit Kleinlebewesen, Fischen und Wasserpflanzen. Die Ergebnisse werden in Gewässergütekarten und ökologischen Zustandskarten dargestellt.

Die schiffbaren Flüsse werden bereits seit 1966 mit Hilfe eines Messschiffes überwacht. Das Mess- und Untersuchungs-

schiff MS „Burgund“ wurde 1988 in Betrieb genommen. Mit drei Personen nautischer Besatzung und einer Fachkraft im Labor führt die „Burgund“ auf Rhein (inklusive schiffbare Altrheine), Mosel und Saar ihre Programme durch.

Informationen etwa zu Schülerprojektwochen (für gymnasiale Oberstufen, Berufsfachschulen und Berufsschulen) und zum „Schwimmenden Klassenzimmer“ (für Schüler von der 5. bis 7. Klasse) gibt es im Netz unter www.luwg.rlp.de.

In der auf die Schiffsbesichtigung folgenden Sitzung befasste sich die Landesleitung an Bord mit der gegenwärtigen gewerkschaftspolitischen Lage und hier insbesondere mit dem bevorstehenden Bundesgewerkschaftstag des dbb in Berlin sowie mit dem Musterverfahrenrechtschutz gegen die aktuelle „5 x 1 %“-Deckelung von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen im rheinland-pfälzischen Landes- und Kommunaldienst bis 2016. ■

Foto: dbb

Bürgerbeauftragter des Landes

Gemeinsame Themen ausgelotet

Insbesondere Beihilfefälle in der Bearbeitung

Zu einem Informationsgespräch trafen sich am 22. Oktober 2012 der Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz, Dieter Burgard, und die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz in Mainz.

Da beider Auftrag die Interessenvertretung ist, fanden sich schnell Ansatzpunkte für einen fachlichen Austausch.

Das Amt des Bürgerbeauftragten gibt es in Rheinland-Pfalz seit 38 Jahren und die Behörde hat seither über 100 000 Petitionen bearbeitet.

Der Bürgerbeauftragte unterstützt unabhängig und über-

parteilich Hilfe suchende Menschen, die sich im Land von Verwaltungen und Behörden nicht gerecht behandelt fühlen.

Im Tätigkeitsfeld des dbb rheinland-pfalz als gewerkschaftliche Dachorganisation für den öffentlichen Dienst wird aus den öffentlich Bediensteten eine Schnittmenge der Bürgerinnen und Bürger, denen manche Verwaltungsentscheidung nicht passt: Als Förderer der berufsbedingten rechtlichen und sozialen Belange seiner Einzelmitglieder ist der dbb politische Stimme und über seinen Rechtsschutz



> Bürgerbeauftragter Dieter Burgard und dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz.

Foto: db

Verfechter gerechter Lösungen.

So setzen sich der Bürgerbeauftragte und der dbb rheinland-pfalz beide etwa im Recht der beamtenrechtlichen Beihilfe ein für die Interessen Betroffener.

Zuletzt war es dem dbb politisch gelungen, die Ausschlussfristen zur individuellen Erklä-

rung über die beihilferechtliche Absicherung sogenannter Wahlleistungen im Krankheitsfall für ein halbes Jahr öffnen zu lassen. Auf diese Weise konnten Beihilfeberechtigte in die Absicherung einsteigen, für die zuvor „der Zug abgefahren“ war. Das hieß auch der Bürgerbeauftragte gut.

Der informative Austausch soll fortgesetzt werden. ■

Beihilfe

Wahlleistungsöffnung kam an

2 400 Berechtigte entschieden sich dafür

Mit dem ersten Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung wurde auch der Wahlleistungseigenbetrag auf nunmehr 26 Euro pro Beihilfeberechtigten und Monat verdoppelt.

Der dbb rheinland-pfalz hatte gefordert, die Ausschlussfrist zur Erklärung über die Zahlung des monatlichen Wahlleistungseigenbetrags zu öffnen. In der Vergangenheit hatten nämlich zahlreiche Beihilfeberechtigte für sich und ihre berücksichtigungsfähigen Angehörigen entweder das zustehende Wahlrecht nicht zugunsten des Beihilfeanspruchs für Wahlleistungen ausgeübt oder einfach die gültigen Erklärungsfristen versäumt.

Während sich die Landesregierung im Beteiligungsverfahren um das Dienstrechtsänderungsgesetz nicht auf eine Senkung oder Abschaffung des Eigenbetrags einließ, eröffnete sie doch die Möglichkeit, dass das erwähnte Wahlrecht innerhalb eines halben Jahres nach dem Inkrafttreten des Gesetzes generell erneut ausgeübt werden konnte. Darauf wies der dbb rheinland-pfalz seine Mitglieder bis zur Jahresmitte 2012 mehrfach hin.

Nach Ablauf der Halbjahresfrist hat das Finanzministerium nun ermittelt, welche Auswirkungen die Öffnung hatte:

Insgesamt entschieden sich 2 400 Personen neu für die Ent-

richtung des Wahlleistungseigenbetrags, davon 123 in den Besoldungsgruppen bis A 7.

895 Beihilfeberechtigte entschieden sich gegen eine weitere Entrichtung des Eigenbetrags (davon 96 in den Besoldungsgruppen bis A 7).

Der dbb rheinland-pfalz geht davon aus, dass sich nun alle den Beihilfeanspruch für Wahlleistungen gesichert haben, die bislang „hinten heruntergefallen waren“ – ein Erfolg.

Bezüglich der Verzichter geht der dbb rheinland-pfalz davon aus, dass sie sich den Widerruf ihrer einmal abgegebenen Eigenbetragsklärung gemessen an ihrer individuellen Situation gut überlegt haben.

Nach wie vor gilt, dass bei Neuzugängen (Begründung oder Umwandlung des Beamtenverhältnisses, Entstehung des Anspruchs auf Witwen-, Witwer- oder Waisengeld, Abordnung oder Versetzung zu einem rheinland-pfälzischen Dienstherrn) das Wahlrecht bezüglich des Eigenbetrags ausgeübt werden kann in den Ausschlussfristen des § 25 Abs. 1 Satz 3 BVO. Ein Widerruf ist jederzeit möglich mit Wirkung für die Zukunft zum ersten eines Kalendermonats.

Die Wahlleistungsinanspruchnahme und somit auch die Eigenbetragszahlung hängen ab vom Ausschlussfristbeginn (§ 25 Abs. 1 Sätze 1 und 2 BVO). Das ist auch der Grund, warum Nachzügler in der Öffnungsaktion den monatlichen Eigenbetrag mit Wirkung ab Januar 2012 abgezogen bekamen. ■

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Das aktuelle Personalvertretungs- gesetz Rheinland-Pfalz



108 Seiten
€ 14,90*

ISBN 978-3-87863-179-8

* zuzügl. Porto und Verpackung

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin
Telefon: 0 30/7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/7 26 19 17-40
E-mail: Kontakt@dbbverlag.de
Internet: <http://www.dbbverlag.de>

Der Inhalt im Überblick:

- die Novellierung des LPersVG durch das „Landesgesetz zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Vorschriften“ vom 28. September 2010
- Änderungen des LPersVG infolge des „Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“ vom 20. Dezember 2012
- die Runderneuerung der Wahlordnung zum LPersVG durch die ändernde Landesverordnung vom 10. November 2011
- Änderungen des LPersVG infolge des Landesbeamtengesetzes vom 20. Oktober 2010, die zum 01. Juli 2012 in Kraft traten

Was Sie davon haben:

Rechte kennen, Rechte wahren, Ansprüche durchsetzen – dieses Handbuch enthält das Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG) mit Wahlordnung auf aktuellem Stand nach umfangreichen Novellierungen und Änderungen. Es ist damit eine wertvolle Praxis-Arbeitshilfe in den Personal- sowie den Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit untenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit.

BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

— Exemplar/e „Personalvertretungsgesetz Rheinland-Pfalz“

Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift _____

23. dbb Bundesgewerkschaftstag

„Leistung macht Staat“

12 Delegierte vom Landesbund dabei

Vom 11. bis 14. November 2012 finden in Berlin der 23. Gewerkschaftstag des dbb und der Gewerkschaftstag der dbb tarifunion im Estrel Convention Center statt.

Die beiden höchsten Beschlussgremien der Gesamtorganisation werden dabei voraussichtlich die Integration der dbb tarifunion in den dbb beschließen. Durch diese Verschmelzung soll die Gesamtorganisation auf eine breitere, statusgruppenübergreifende Basis gestellt werden. Das war bereits von den Gewerkschaftstagen 2007 vorgesehen worden, damit der dbb Gesamtaufbau schlagkräftig und gestärkt zukünftigen Aufgaben gewachsen ist.

Mit der Integration der dbb tarifunion in den dbb wird der Weg von der am 8. Dezember 1969 als Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GG-VöD) gegründeten tariffähigen Einheit zum dbb Kernbestandteil vollendet.

Spannend wird es nach der Verschmelzung: Dann stehen für den Gesamtgewerkschafts-

tag die Wahlen zur neuen Bundesleitung an. Der bisherige Bundesvorsitzende Peter Heesen, der im Oktober seinen 65. Geburtstag feierte, steht für eine dritte Amtszeit nicht zur Verfügung.

Angekündigt haben ihre Kandidaturen für den Bundesvorsitz der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt und der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes, Rolf Habermann. Weitere Vorschläge sind bis zum Gewerkschaftstag selbst möglich. Klaus Dauderstädt kommt von der Gewerkschaft der Sozialversicherung GdS. Dort war er Bundesgeschäftsführer und ist Bundesvorsitzender. Rolf Habermann kommt vom Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband (Mitglied im Verband Bildung und Erziehung (VBE) im dbb). Er ist Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Natürlich wird auch die Wahl der Stellvertreter für die neu zugeschnittene Bundesleitung interessant.

Ist die Führung bestimmt, wird sich der Gewerkschaftstag den Sachberatungen zuwenden. Hier werden richtungsweisende Entscheidungen für die nächsten fünf Jahre dbb Gewerkschaftspolitik erwartet.

Über 620 Anträge zur Bearbeitung in sechs Arbeitskreisen liegen vor.

Ein Schwerpunkt werden hier voraussichtlich die schwerwiegenden Folgen für die Personalsituation im öffentlichen Dienst sein infolge von voranschreitender demografischer Entwicklung und anhaltender Sparpolitik in Bund, Ländern und Kommunen.

Damit wird nahtlos an die Gewerkschaftspolitik des scheidenden Bundesvorsitzenden Peter Heesen angeknüpft, unter dessen Lenkung der dbb deutlich profilierte Positionen etwa zur Altschuldentilgung der öffentlichen Hand, zur Sicherung der Sozialsysteme und eben auch zu den Folgen des demografischen Wandels eingenommen hat.

Am dbb Gewerkschaftstag nehmen insgesamt über 860

stimmberechtigte Delegierte und rund 320 Gastdelegierte Teil. An Gästen werden unter anderem Bundesratspräsident Winfried Kretschmann und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sowie weitere hohe Repräsentanten der Bundesregierung, des Bundesrats, des Bundestags sowie der Bundesländer, Kommunen und Verbände erwartet.

Für den dbb rheinland-pfalz nehmen zwölf Delegierte an den Beratungen teil. Neben den beiden Bundeshauptvorstandsmitgliedern, der Landesvorsitzenden Lilli Lenz und Torsten Bach, sind die restlichen Landesleitungsmitglieder benannt, also die stellvertretenden Landesvorsitzenden Elke Schwabl, Friedrich Berg, Gerhard Bold und Axel Schaumburger. Hinzu kommen auf Beschluss und Genehmigung von Landesvorstand und -hauptvorstand Delegierte vom Verband Bildung und Erziehung (VBE), von der Kommunalgewerkschaft komba, von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft DSTG, vom Verband Deutscher Straßenwärter VDSTRA, von der Deutschen Polizeigewerkschaft DPoIG und von der dbb jugend rheinland-pfalz.

Die Sonderseiten zum Gewerkschaftstag im Internet sind bereits online: www.dbb.de/gewerkschaftstag-2012.html. ■

Parteien

Glückwunsch zum 65sten

CDU-Landesparteitag in Mainz

Glückwünsche der Landesleitung des dbb rheinland-pfalz zum 65-jährigen Bestehen der Landespartei überbrachte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz am 20. Oktober 2012 der

CDU-Landesvorsitzenden und Chefin der CDU-Landtagsfraktion, Julia Klöckner, MdL.

Im Namen des nur zwei Jahre jüngeren dbb rheinland-pfalz



> In der Rheingoldhalle: dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz, komba Bundesvize und Landes-CDA-Chef Bardo Kraus, CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner und komba Landesvorsitzender Rolf Führ.

Foto: komba

gratulierte Lilli Lenz zum Jubiläum und zog Parallelen hinsichtlich der beiderseitigen Aufbauarbeit in den

Nachkriegsjahren unter Würdigung der respektablen CDU-Leistungen für Rheinland-Pfalz.

Zu Gast beim Jubiläumsparteitag waren neben dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zahlreiche

weitere Gründungsmitglieder und namhafte Ehrengäste. ■

komba rheinland-pfalz

Rolf Führ im Amt bestätigt

Landesgewerkschaftstag „komba gewerkschaft – Wir fordern Perspektiven!“

Einstimmig haben die Delegierten des diesjährigen komba Landesgewerkschaftstages den bisherigen Landesvorsitzenden Rolf Führ am 25. Oktober 2012 in Koblenz im Amt bestätigt.

Ihm zur Seite stehen in der neuen Amtsperiode die stellvertretenden Landesvorsitzenden Bardo Kraus, Bert Flöck, Torsten Bach und Sandra Müller.

Den Fachvortrag der Öffentlichkeitsveranstaltung hielt Dr. Gerd Landsberg, Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, zum Thema „Perspektiven für das kommunale Personal“.

Zu Gast bei der Öffentlichkeitsveranstaltung waren Innenminister Roger Lewentz, MdL, die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz und der komba Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sowie weitere Ehrengäste aus Politik und Wirtschaft.

In ihrem Grußwort würdigte die dbb Landeschefin Lilli Lenz die Rolle des kommunalen öffentlichen Dienstes: „Schauen wir uns doch einmal den ‚Gemischtwarenladen‘ Kommunalverwaltung mit ihren vielfältigen, ständig zunehmenden Aufgaben an.

Da sind fähigste Generalisten unterwegs, erfahrene Expertinnen und Experten, die wirkliche Entscheidungen treffen und somit das Leben und Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen. Da muss alles zügig gehen, da muss alles stimmen. Da geht es rund.“

Mit Blick auf jüngste Einschnitte und drohenden Nachwuchsmangel betonte Lilli Lenz unter Verweis auf das Thema des Gewerkschaftstages: „Das einzige, was die gute Qualität öffentlicher Dienstleistungen sichern wird, sind eine auskömmliche, angemessene Bezahlung, sind erkennbare, echte Karrierechancen. Es reicht



Foto: Windmüller

> In der ersten Reihe (von rechts): komba Landesvorsitzender Rolf Führ, Innenminister Roger Lewentz, dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz, Barbara Schleicher-Rothmund (Parl. Geschäftsführerin SPD Landtagsfraktion) und Matthias Lammert (CDU, stellv. Vorsitzender des Landtagsinenausschusses).

nicht, nur die weichen Positivfaktoren wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie – auch hier gibt es aus unserer Sicht übrigens stetigen Verbesserungsbedarf – im öffentlichen Dienst zu betonen. Es geht knallhart um das Einkommen.“

Im Arbeitsteil der Tagung fassten sich die Delegierten mit Leitanträgen nicht nur zum öffentlichen Dienst- und Tarifrecht, sondern auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen

- in Kindertagesstätten,
- in kommunalen beziehungsweise privatisierten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen,
- bei den Feuerwehren und im kommunalen Vollzugsdienst.

Dabei ging es hauptsächlich um die Forderung nach amtsangemessener Teilhabe ermöglicher Besoldung, Versorgung und Entgeltgewährung. Kernthema waren weiterhin die Schaffung flexibler und intelligenter Arbeitszeitmodelle sowie die Forderung nach höherer Wertschätzung der Leistungen des kommunalen öffentlichen Dienstes.

Selbstverständlich fehlten kritische Anmerkungen zur Kommunal- und Verwaltungsreform nicht.

Die dbb Landesleitung gratuliert auch auf diesem Weg der frisch gewählten komba-Landes Spitze. ■

„5 x 1 %“-Deckelung von Besoldung und Versorgung

Musterantrag bis 31. Dez. 2012 stellen

Hinweis zum individuellen Rechtsschutz

Der dbb rheinland-pfalz hat einen abgestimmten **Musterantrag** für den individuellen

Kampf gegen die „5 x 1 %“-Regelung mit der Bitte um Verbreitung an seine Mitgliedsor-

ganisationen herausgegeben (siehe auch unter www.dbb-rlp.de)

Reisen

DEUTSCHLAND

Harz, Silvester DZ frei, *Stadtnähe, Komf.-DZ / Fr.-büffett*, 5 Tg. 138 €. 2013 feiern wir 40 Jahre, Superangebot. **T. 0 55 22/7 12 22**
www.pensioncoesfeld.de

FRANKREICH

Atlantikküste-Vendée, wunderschöne Ferienhäuser, direkt am Meer, pers. ausgesucht. Tel. (02684) 958223 www.vendee.de

MUSTERANTRAG

Absender

Name, Vorname

Amts- oder Dienstbezeichnung

Geburtsdatum

Personalnummer

Beschäftigungsdienststelle

→ An die

Oberfinanzdirektion Koblenz

Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV)

Hoewestr. 10

56073 Koblenz

oder zuständige Bezugsstelle (Kommune/Landkreis usw.)

Datum

Amtsangemessene Alimentation - Antrag/Widerspruch

Sehr geehrte Damen und Herren,

Beamte haben Anspruch darauf, dass ihre Besoldung/Versorgung entsprechend den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung regelmäßig angepasst wird. Dadurch soll dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation Rechnung getragen werden, welcher dem Beamten die rechtliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit sichern und einen seinem Amt angemessenen Lebenskomfort ermöglichen soll.

Seit dem Jahr 2003 wurden eine Vielzahl von Kürzungen im Bereich der Besoldung – so u.a. Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzung der Sonderzahlung, Verkürzung der Bezugsdauer des sog. Kinderzuschlages, Einschnitte im Bereich der Beihilfe (Kostendämpfungspauschale) - vorgenommen.

In den Jahren 2005 bis 2007 erfolgte keine lineare Anpassung der Bezüge. Die Anpassung Mitte 2007 betrug lediglich 0,5 Prozent im gehobenen und höheren Dienst, 1,1 Prozent im mittleren Dienst und 1,7 Prozent im einfachen Dienst.

Die Anpassung Mitte 2008 betrug nur 0,5 Prozent im gehobenen und höheren Dienst, 1,35 Prozent im mittleren Dienst und 2,3 Prozent im einfachen Dienst.

Im gleichen Zeitraum stiegen die Verbraucherpreise um 8,5 Prozent. Auch die Linearanpassung 2011 blieb in Anlehnung an das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder mit 1,5 Prozent deutlich hinter der gleichzeitigen Teuerung von 2,3 Prozent zurück.

So ist mir neben der betragsmäßigen Verringerung meiner Bezüge infolge der Kürzungen noch ein erheblicher Kaufkraftverlust entstanden.

Nun schreibt das Erste Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltfinanzierung vom 20.12.2011 vor, dass Besoldung und Versorgung der rheinland-pfälzischen Landes- und Kommunalbeamten fünf Jahre lang jeweils zum 1. Januar von 2012 bis 2016 ohne Berücksichtigung der sonstigen Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung nur um ein Prozent angepasst werden, obwohl bereits 2012 mit einer mindestens doppelt so hohen Teuerung zu rechnen ist.

Dadurch wird der beamtenrechtliche Teilhabegrundsatz m.E. entkernt, Besoldung und Versorgung werden von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt.

Das Niveau meines verfügbaren Einkommens sinkt deshalb derart, dass die Wahrung eines meinem Amt angemessenen Lebensstandards nicht mehr möglich ist. Meine derzeitige Besoldung verletzt deshalb meine Ansprüche aus Art. 33 Abs. 5 GG.

Ich beantrage daher,
für das Jahr 2012 und die Folgejahre amtsangemessene Dienst-/bzw. Versorgungsbezüge entsprechend den Vorgaben des Art. 33 Abs. 5 GG festzusetzen und mir zu gewähren.

Es wird gebeten, diesen Antrag zugleich als anspruchswahrenden **Widerspruch** in Bezug auf meine, von mir für verfassungswidrig zu niedrig bemessenen gehaltene Gesamtalimentation 2012 zu verstehen.

Im Hinblick auf die seitens des dbb - beamtenbund und tarifunion in Abstimmung mit dem Ministerium der Finanzen geführten Musterverfahren wird weiter gebeten, den Antrag bzw. den Widerspruch bis zum Abschluss dieser Verfahren nicht zu bescheiden, sondern das Verfahren unter Verzicht auf die Einrede der Verjährung und Verwirkung ruhend zu stellen. Insoweit bitte ich um entsprechende Mitteilung.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

Mit dem Musterschreiben können alle, die sich gegen die „5 x 1 %“-Deckelung von Besoldung und Versorgung im laufenden und in den vier Folgejahren wehren wollen, bei der zuständigen Bezügestelle einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation stellen, der als Widerspruch aufgefasst und mit Billigung des Ministeriums der Finanzen beziehungsweise der kommunalen Dienstherrn – so ist es verabredet beziehungsweise inzwischen veröffentlicht – zur Ruhendstellung des Vorver-

fahrens führt, bis die vom dbb unterstützten Musterklagen ausgereutet sind.

Auf diese Weise können sich alle Antragsteller ihre Rechtsposition im Hinblick auf den Ausgang der dbb Musterverfahren sichern und zwar voraussichtlich durch ein einziges Schreiben für alle strittigen Jahre von 2012 bis 2016.

Jede/jeder Betroffene/-r, die/der der Meinung ist, dass das mehrjährige Außerachtlassen des verfassungsrechtlich zwingend zu berücksichtigenden

Angemessenheitsmaßstabes der „allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung“ mit hoher Wahrscheinlichkeit rechtswidrig ist, sollte deshalb den mit den eigenen Daten komplettierten Musterantrag stellen.

Jede/jeder Landes- beziehungsweise Kommunalbeamtin/-beamtin, die/der risikolos und einfach seine Rechtsposition in Bezug auf die fünf Minianpassungen von jeweils einem Prozent offen halten will mit Blick auf die Musterprozesse, sollte das Musterschreiben absetzen.

Anträge sind bei der zuständigen Bezügestelle einzureichen **bis spätestens zum 31. Dezember 2012 (Eingang).**

Der dbb unterstützt gegen die „5 x 1 %“-Regelung gerichtete Musterverfahren per gewerkschaftlichem Rechtsschutz.

Betreut werden ausgewählte Musterfälle. Wegen des Massenverfahrencharakters unterbleibt eine Gewährung gewerkschaftlichen Rechtsschutzes in Nicht-Musterklärfällen. ■

VDR Rheinland-Pfalz

Bernd Karst 60

Seit 1980 in ehrenamtlichen Funktionen



Foto: dbb

> dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz und VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst.

wie in der Personalvertretung nie „Funktionär“ geworden sei, sondern seine Ämter kontinuierlich neben seiner hohen beruflichen Beanspruchung als Lehrer und Leiter der Rochus-Realschule plus in Bingen wahrnehme.

Dadurch kenne er die Nöte und Belastungen seiner Kolleginnen und Kollegen nicht nur vom Hörensagen, sondern stets aus eigener Erfahrung.

Durch seine unmittelbare Praxisnähe habe er in Gesprächen über die Schul- und Standespolitik immer einen Vorsprung.

In Ihrer Ansprache würdigte die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen das berufliche und ehrenamtliche Wirken Bernd Karsts.

Als VDR-Landesvorsitzender suche er während der Ausgestaltung der Schulstrukturreform den kritischen Dialog mit dem Bildungsministerium und der Schulaufsicht, mit den anderen Lehrerverbänden, mit Vertretern der Eltern, der Wirtschaft und des Handwerks, mit

den Fachhochschulen und vielen anderen Institutionen.

Bernd Karst engagiert sich seit 1980 auf allen Ebenen für die Vertretung der beruflichen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Verbandsmitglieder und gibt wichtige Impulse und Beiträge zur Förderung und Weiterentwicklung der Realschule in Rheinland-Pfalz. So nutzte er den Rahmen der Feier für einen Ausblick und stellte forderungsgespickte, schulstrukturpolitische Betrachtungen zur Schulform Realschule plus an, die ihm natürlich sehr am Herzen liegt.

Sowohl der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm als auch die dbb Landeschefin Lilli Lenz überbrachten Grüße und Glückwünsche ihrer Organisationen.

Lilli Lenz würdigte insbesondere das unermüdliche Engagement Bernd Karsts und des VDR Rheinland-Pfalz im Landesdachverband. Hier stünde der Realschullehrerverband als absolut verlässlicher Partner nicht nur regelmäßig bei Demonstrationen mit auf der Straße, sondern beteilige sich auch an sonstigen Aktionen und liefere intern wertvolle Zuarbeit, etwa im Rahmen der dbb Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren. Dahinter stehe ein unermüdlicher Landesvorsitzender, so Lilli Lenz, der stets das „große Ganze“ im Blick habe und zusammen mit seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern Vorbild sei für eine aktive Basis, wie sie die Interessenverbände und Gewerkschaften heute unbedingt bräuchten. ■

dbbj rheinland-pfalz

Landesjugendausschuss 2012

(dbbj) Am 5. und 6. Oktober 2012 tagte in Frankenthal (Pfalz) der diesjährige Landesjugendausschuss (LJA) der dbb jugend rheinland-pfalz.

Der LJA setzt sich aus den Jugendvertretungen aller im dbb vertretenen Fachgewerkschaften zusammen. Besonders erfreulich in diesem Jahr war

Am 21. September 2012 vollendete der Landesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Bernd Karst, sein 60. Lebensjahr.

Der VDR Rheinland-Pfalz lud deshalb für den 26. September ins Foyer des Landesmuseums nach Mainz ein.

In der Laudatio betonte VDR Landesvize Wilfried Rausch, dass der Jubilar trotz seines Einsatzes für den VDR auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene so-

durchblick vormals „Der Beamte in Rheinland-Pfalz“

ISSN 0946-7483

Herausgeber: dbb – beamtenbund und tarifunion, landesbund rheinland-pfalz, Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz, Telefon 06131.611356.

Verlag: dbb verlag gmbh, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de.

Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin,

Redaktion: Malte Hestermann, Telefon 06131.611356, Telefax 06131.679995. Fotos: MEV.

Redaktionsschluss am 1. des Vormonats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. ☎ 02102.74023-0,

Fax 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra-Opitz-Hannen,

☎ 02102.74023-715. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, ☎ 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 20,

gültig ab 1.10.2011.

Die Zeitschrift „durchblick“ erscheint zehnmal im Jahr. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.



Foto: Ebner

Der LJA während der Sitzung.

die Vielzahl der vertretenen Fachgewerkschaften. Neben der komba, der DSTG und DPoIG waren auch Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Junge Philologen, der DJJ oder des BDR anwesend.

Die insgesamt knapp 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

wurden von Sven Maschur, dem Vorsitzenden der dbb jugend rheinland-pfalz, herzlich begrüßt. Neben dem allgemeinen Bericht der Landesjugendleitung und den Berichten aus den Fachgewerkschaften waren insbesondere die Thematiken Beamtenbesoldung

„5 x 1 %“ und Urlaubsanspruch „30 Tage für jeden“ von Bedeutung. Der stellvertretende Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz, Torsten Bach, wies mit Blick auf die „5 x 1 %“-Besoldungsdeckelung auf den dbb Musterantrag hin und gab Erläuterungen dazu (vgl. in diesem Heft Seite 5)

Bevor der erste Sitzungstag auf Einladung der dbb jugend im Brauhaus in Frankenthal ausklang, erhielt noch der Vertreter der DBV das Wort. In angenehm kurzweiligen Ausführungen machte er auf die versicherungsrechtlichen Änderungen zum 31. Dezember 2012 – Stichwort „Unisex-Tarife“ – aufmerksam.

Nachwahlen

Auf Vorschlag des Landesjugendleiters wurden am zweiten Sitzungstag Tobias Schmuck (Philologenverband) und Evelyn Braun (BDR) einstimmig in das Amt des Stellvertreters beziehungsweise der Stellvertreterin gewählt. Beide waren bereits zuvor kooptiert.

Kooptiert und damit neu im Kreis der Landesjugendleitung sind nun Melanie Müller (DSTG) und Sandra Jungnickel (DJJ).

Die bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Jasmijn Flanz (DSTG) und Tanja Weinel (DJG) hatten zuvor aus persönlichen Gründen ihr Amt niedergelegt.



Foto: bv

Schutzbehelmte und -bebrillte Besuchergruppe des Bezirksverbands Rheinhesen bei Heidelberg-Cement in Mainz.

BV Rheinhesen

Zementmahlwerk Mainz besichtigt

Traditionsbetrieb seit 1864

(bv) Zu einer Besichtigung des Mahlwerks in Mainz hatte der dbb Bezirksverband Rheinhesen eingeladen. Werksleiter

Dr. Jörn Kleinert führte durch das Werk und erläuterte anschaulich alle Abläufe. Das Zementwerk wurde 1864 gegründet und gehört seit 1901 zu den Portland-Zementwerken Heidelberg, heute als HeidelbergCement firmierend.

Seit im Jahr 2004 der Abbau im Steinbruch Mainz eingestellt wurde, erhält das am Rheinufer gelegene Werk neben dem Zementklinker als wichtigsten Rohstoff auch alle weiteren Rohstoffe per Schiff, vor allem aus dem Schwesterwerk Lengfurt am Main. In großen Kugelmöhlen werden der Zementklinker und Gips zu Zement aufgemahlen. Je nach Zementsorte und Anwendungsgebiet werden Hütten sand, Flugasche oder Kalkstein

bei der Zementmahlung beigefügt. Durch regelmäßige Probeentnahme wird die Zementqualität geprüft und dokumentiert.

Interessant war der Blick von dem 45 Meter hohen Klinkersilo, dessen Plattform bequem mit dem Aufzug erreicht werden kann. Beeindruckt waren die Teilnehmer auch von dem automatischen System für Beladung und Abtransport des fertigen Zements durch Silofahrzeuge.

Bezirksvorsitzender Bardo Kraus dankte Dr. Kleinert für den informativen Werksrundgang, der aufschlussreiche Einblicke in ein Unternehmen gegeben hat, das zu den Traditionsbetrieben der Region zählt.